



ZentralMeldeAmt beim Talionsgericht

systematisches Recht – öffentliches Völkerrecht

Anhörung des ZentralMeldeAmtes wegen Verstoß gegen das öffentliche Völkerrecht,

- **wegen dauerhafter Isolationsentzug von Kindern durch**
zwangs-freiwilliges Stockholm-Syndrom Familiengericht beim
Amtsgericht HERZBERG am Harz, Schloß 4, [DE-37412] **HERZBERG am Harz**

Kinderraubhandel-Geschäftszeichen: 7 F 151/25 EASO und 7 F 209/25 EAHK
im Familienrecht durch Gesetz (fehlende Rechanbindung Art. 1, 25 GG)

1. Az.: 7 F 151/25 EASO

(EASO steht für „Einstweilige Anordnung Sorgerecht“ – vorläufiger Entzug der elterlichen Sorge)

2. Az.: 7 F 209/25 EAHK

(EAHK steht für „Einstweilige Anordnung Herausgabe Kind“ – Wegnahme der Kinder durch Jugendbehörde)

die originär von ihren Eltern in einen anderen profanen Rechtskreis völkerrechtlich schwerwiegend und gewaltsam und bewaffnet aus dem Schutzbereich unter Verstoß gegen ius cogens überführt wurden. Es liegt Verfolgungszwang gemäß Art. 146 genfer Abkommen IV vor.

1. Rechtdefinition und Folge

Ein dauerhafter Isolationsentzug liegt vor, wenn:

- Kinder dauerhaft oder über einen längeren Zeitraum von ihren Eltern getrennt werden,
- die familiäre Kommunikation und Bindung bewußt unterbunden wird,
- und dies außerhalb oder entgegen des gültigen Rechtsraums geschieht (z. B. Übergabe oder Unterbringung in einem fremden Staat oder System ohne Zustimmung und Schutzgarantie).

• Völkerrechtverletzungen

- *Art. 27, 49, 132–149 genfer Abkommen IV*
- *Art. 3, 28–35, 41, 56 UN-RES 56/83*
- *Art. 9, 10, 16, 20–22 KRK*
- *Art. 7 Rom-Statut (IStGH)*
- **Verfolgungszwang Art. 146 genfer Abkommen IV**
- **Systematische Darstellung haager Register und EU-Regelwerke (Brüssel IIb, KSÜ 1996)**

reale Tatsachenbedeutung:

Eine gewaltsame Trennung der Familie und Überstellung in einen fremden Rechtskreis, also eine Form staatlicher oder institutioneller Entwurzelung und diese Tatsache des Ersteingriffs ist Unmenschlichkeit und bedeutet nach 72 Stunden (Studie Stanford Prison Experiment) Beginn des Völkermordes mit posttraumatischen Belastungsreaktionen des psychischen Schocks mit psychosomatischen Formen der originären Entzugerscheinung und entspricht der psychischen und physischen Folter.



2. völkerrechtliche Grundlage

Immunitäten und Vorrechte im öffentlichen Völkerrecht der genfer Abkommen

Unter Vorbehalt von unerlässlich erforderlichen und notwendigen Sicherheitsmaßnahmen oder vernünftigen Erfordernissen sind alle zuständigen Behörden und Regierungen der Ratifikationsstaaten der UN-Charta und der genfer Abkommen verpflichtet, dem Zivilisten-Inhaber dieser eID-Entrinitätskarte im Zivilschutz in allen Staaten unter allen Umständen die ungehinderte Durchreise und die erforderlichenfalls Hilfe und Schutz zu gewähren.

a) genfer Abkommen IV

- **Art. 27:** Schutz der Familie, Ehre und Rechte der Zivilisten.
- **Art. 49:** Verbot der Deportation oder zwangsweisen Überführung geschützter Personen aus besetztem oder fremdem Gebiet.
- **Art. 132–135:** Recht auf Heimschaffung, Freilassung, Rückkehr und Kontakt mit der Familie.
-

- **§ 8 (7) VStGB,**

Art. 147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 und

Art. 6, 13 EMRK

- Der Zivilschutz ist in Art. 1-12, 132-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 nicht angerufen werden, weil die Anwendung des Kindesentzugs für die Kinder eine Dauerbestrafung gegen

- **Art. 71-72 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51**

alternativ Art. 104-108 Genfer Abkommen III – SR 0.518.42

vor.

Es besteht originär und nicht durch Gesetz ein unbedingter Anspruch von Eltern und Kindern auf gegenseitige Verbindung, Information und Wiedervereinigung.

Ein dauerhafter Entzug verstößt damit gegen das Genozidverbot:

- **Art. 27, 49, 132–135 genfer Abkommen IV**
- und gegen die Schutzpflicht nach **Art. 1 und 142 ff. genfer Abkommen IV.**

b) UN-Resolution 56/83 (Staatenverantwortlichkeit)

- **Art. 3, 28–35, 41, 56:**
Jeder Staat, der eine völkerrechtswidrige Handlung begeht oder duldet, trägt volle Verantwortung und Wiedergutmachungspflicht.

Ein dauerhafter Isolationsentzug ist eine **kontinuierliche Menschenrechtsverletzung** – also eine fortgesetzte völkerrechtswidrige Handlung als Völkermord (Art. 6-7 VStGB). Das Verbrechen unterliegt der **Verjährungsfreiheit, keiner Strafminderung** und der **Wiedergutmachungspflicht** (Art. 31–32 UN-RES 56/83).



c) UN-Kinderrechtskonvention (KRK)

- **Art. 9:** Trennung nur im besten Interesse des Kindes und nur auf rechtlicher Grundlage der Schutzmacht.
- **Art. 10:** Recht auf Kontakt und Wiedervereinigung mit Eltern.
- **Art. 16:** Schutz vor Eingriffen in Familie und Privatleben.
- **Art. 20–22:** Schutz vor rechtswidriger Überstellung und Unterbringung in fremden Systemen.

Ein dauerhafter Entzug in einen anderen Rechtskreis ist damit:

Ein Verstoß gegen die Kinderrechtskonvention, das genfer Abkommen IV und das Völkergewohnheitsrecht.

- Art. II lit. c UN-Genozid-Konvention
- § 6 Abs. 1 Nr. 3 VStGB

3. rechtliche Bewertung im zwingenden Völkerrecht (ius cogens)

Ein Entzug der Kinder erfüllt die Tatbestände von:

- **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** (Art. 7 Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs)
– insbesondere: „Deportation oder zwangsweise Überführung von „geschützten Zivilisten“ und „Verfolgung gegen eine identifizierbare Gruppe“.
- **seelische Folter oder chaotische unmenschliche oder erniedrigende Behandlung** (Art. 147 genfer Abkommen IV, Art. 3 EMRK).
- **Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (ordre public).**

Der Vorgang gilt daher als:

völkerrechtswidrig, menschenrechtswidrig und nichtig.

Kein Gericht, keine Behörde und kein Staat darf sich auf solche Maßnahmen berufen.

4. Rechtsfolgen

1. **unmittelbare Pflicht zur Wiedervereinigung** (Art. 132–134 genfer Abkommen IV).
2. **Schutzmachtspflicht** zur Vermittlung, Aufklärung und Wiederherstellung des Familienkontakts (Art. 142–149).
3. **Staatshaftung und Wiedergutmachungspflicht** für immaterielle und materielle Schäden (Art. 31–32 UN-RES 56/83).
4. **Vorrang des Völkerrechts vor nationalen Gesetzen** (Art. 25 GG, Art. 103 UN-Charta).



5. Schlußfolgerung

Unter Hinweis auf die bisherigen Expertisen der ANACOK-Kinderhilfestiftung und der ANACOK-Akademie für Völkerrecht vom 03.11.2025 und der Hinweise vom 05.11.2025 CHB-GdM des Talionsgerichts ist das ZentralMeldeAmt in Art. 132, 140 Genfer Abkommen IV im öffentlichen und völkerrechtlichen Schutzbereich zu Ungunsten der Kinder und Familie abnorm schwer verletzt worden.

Der dauerhafte Isolationsentzug von Kindern von ihren Eltern in einen anderen Rechtskreis ist **völkerrechtswidrig, nichtig und** verletzt:

- das *genfer Abkommen IV*,
- die *UN-Kinderrechtskonvention*,
- die *UN-Resolution 56/83*
- und das *ius cogens*.

Der offensichtliche und offenkundige nichtige und rechtswidrige Verwaltungsakt ist trotz Deklaration nicht zurückgenommen worden, in dem die zwangs-freiwillige Jurisfiktion das Ziel des Stockholm-Syndroms und in Folge den Genozid der Familie verfolgt.

Das Familienrecht kann weder durch nationale, internationale und supranationale Gesetze noch durch die Jurisfiktion legitimiert werden. Die Schutzmacht (nach Art. 142–149 genfer Abkommen IV) ist verpflichtet, **unverzüglich** Maßnahmen zur Wiederherstellung der familiären Einheit, insbesondere zum Schutz der Kinder immateriell und materiell einzuleiten. Es besteht Strafverfolgungszwang.

Das haager Suchregister oder das schengener Informationssystem sind rein private Handlungen einer Wirtschafts- und Handelsunion. Es gibt keinen öffentlichen Kinderhandel, einen zwangsfreiwilligen Sklavenhandelt mit den originären Eltern und das Sorgerecht ist nicht übertragbar. Wir finden leider keinen Grund für die Argumentationen des „Familiengerichts“.

Hinweis:

Der Entzug der Kinder durch das haager Suchregister oder das schengener Informationssystem sind rein privat - ACHTUNG. Krieg ist Privatsache.

**Rechtverletzung Art. 142 genfer Abkommen IV:
alternativ: Art. 3 (1b) diplomatische und 5a konsularische Beziehungen WüD**

Anlagen-Seiten:

- 7-12: Information für das haager Suchregister oder das schengener Informationssystem
- 13-15: ZMA – Aufgaben

ZMA beim CHB-GdM, 12.11.2025, Mahmut, Zentraldient ZMA



Rechtvorschriften im öffentlichen Völkerrecht:

- Die Kinder der Familie HARTLEF-RINGLEBEN sind als Binnenflüchtlinge im Sinne des humanitären Völkerrechts anzusehen. Es gelten die Resolutionen des Völkerrechtes
 - **UN-RES** **A/RES/66/164**
Schutz der Menschenrechtsverteidiger, Menschenrechtskommissare und Menschenrechtsbeistände.
Diese Resolution verpflichtet die Staaten, Menschenrechtsverteidiger vor Bedrohung, Angriff, Diskriminierung oder Vergeltung zu schützen.
 - **UN-DOC** **E/CN.4/2000/62**
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitation.
Dieses Dokument legt fest, daß Opfer Anspruch auf Wiedergutmachung in Form von Talion, Rückgabe, Entschädigung und Rehabilitation haben, unabhängig von innerstaatlichen Verfahren.
 - **UN-RES** **A/RES/66/165** und **E/CN.4/1998/53/Add.2**
Schutz von Binnenflüchtlingen und Betroffenen von staatlicher Gewalt.
Diese Resolutionen verpflichten die Staaten, Binnenflüchtlingen, Vertriebenen und Opfern systematischer Rechtsausfälle Schutz und Rechtshilfe zu gewähren.
 - **UN-RES** **A/RES/66/166-2011**
Schutz von Minderheitenrechten.
Sie stellt klar, daß der Staat verpflichtet ist, Minderheiten vor struktureller Diskriminierung, Ausgrenzung oder gewaltsamer Assimilation zu bewahren.
 - **UN-RES** **56/83**
Regeln der Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen.
Besonders maßgeblich: **Art. 2–3, 9–11, 28–35, 41, 56**, die die Einheit, Haftung und Wiederherstellungspflicht des Staates begründen. Diese Regeln sind unmittelbar zwingendes Recht (*ius cogens*) und gilt im Verhältnis zwischen Bürger und Staat ohne Zustimmungsvorbehalt.

2. Europäische Richtlinien

- **Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und Rates vom 25.10.2012 Über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI.**
Diese Richtlinie konkretisiert die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Opfer zu informieren, zu schützen und Wiedergutmachung zu leisten, unabhängig von nationaler Zuständigkeitsstreitigkeit.

3. Zwingendes Völkerrecht und öffentliche Ordnung

- **genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 (Zivilschutz)**
Art. 132–149 verpflichten die Vertragsstaaten, den Schutz von Zivilisten in bewaffneten oder besetzten Gebieten sicherzustellen.
Verstöße begründen Staatenverantwortlichkeit und unmittelbare Vollstreckungspflicht (Talion).
- **ROM-Statut (Art. 6, 38–42 EGBGB)**
definiert die öffentliche Rechtsordnung (*ordre public*) in Verbindung mit dem Völkerrecht.



wichtige Resolutionen für Opfer und Binnenflüchtlinge

Resolution / Norm	Jahr	Inhalt / Bedeutung
A/RES/60/147	2005	Grundsätze und Richtlinien über das Recht der Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen auf Wiedergutmachung (Restitution, Entschädigung, Rehabilitation).
A/RES/58/177	2004	Schutz und Unterstützung von Binnenvertriebenen – Verpflichtung der Staaten zum Schutz der Rechte und Sicherheit von Binnenflüchtlingen.
A/RES/68/180	2014	Schutz und Unterstützung von Binnenvertriebenen – Wiederholung und Verstärkung der Staatenpflichten gemäß internationalen Normen.
A/RES/78/205	2023	Koordinierung des Schutzes und der Unterstützung von Binnenvertriebenen; Aufforderung an Staaten zur internationalen Zusammenarbeit.
A/RES/78/184	2023	Schutz, Unterstützung und dauerhafte Lösungen für Binnenvertriebene; Betonung der Staatenverantwortlichkeit nach UN-RES 56/83.
UNSC-Resolution 1265	1999	Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten – Verpflichtung zur Vermeidung und Ahndung von Gewalt gegen Zivilisten.
UNSC-Resolution 1296	2000	Ergänzung zu 1265 – Schutz der humanitären Hilfe, Zugang für Hilfsorganisationen, Schutz von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.
UN-RES 56/83	2001	Regeln der Staatenverantwortlichkeit – Einheit, Haftung und Wiederherstellungspflicht der Staaten bei völkerrechtswidrigen Handlungen.
Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51	1949	Zivilschutz und Schutzpflicht gegenüber Zivilisten in bewaffneten oder besetzten Gebieten (Art. 132–149).
Richtlinie 2012/29/EU	2012	Mindeststandards für die Rechte, Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten innerhalb der EU.
ROM-Statut / EGBGB Art. 6, 38–42	1998	öffentliche Ordnung (ordre public) im Völkerrecht – Vorrang des Menschenrechtsschutzes vor nationalen Gesetzen.

ACHTUNG:

- **Die Staatenimmunität und Art. 41 Wiener Abkommen über diplomatische Beziehungen gelten nicht für völkerrechtliche Verbrechen. Grundlage Art. 146–149 Genfer - Sonderabkommen IV**



Art. 95 UN-CHARTA



CHB/GdM
 directly originär-prerogative public mandatory
 Restitution Court

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA
 directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

SCHUTZMACHT - SR 0.518.51



haager Suchregister oder schengener Informationssystem

Das sogenannte **haager Suchregister** für Kinder und Sorgeberechtigte ist **kein eigenständiges zentrales Register** wie ein Melderegister, sondern Teil einer **internationalen Verwaltungszusammenarbeit** nach den **haager Übereinkommen** (1980, 1996). Die Speicherung erfolgt **nicht in Den Haag selbst**, sondern **bei den nationalen Zentralbehörden** der jeweiligen Staaten, die im genfer Abkommen weder befugt noch berechtigt sind, da diese Daten nicht öffentlich, sondern rein privat sind. Krieg ist ohne Ausnahme eine Privatsache.

Koordinierung durch die haager Konferenz für internationales Privatrecht (HCCH) ohne eine Rechtskontrolle

- **keine wirksame Beschwerde**
- **keine Dienst- und Fachaufsicht im In-Sich-Geschäft**

Permanent Bureau of the Hague Conference on Private International Law
 – Koordinationsstelle, aber **keine Datenspeicherung** –

Adresse: Churchillplein 6B, 2517 JW The Hague, Niederlande

Telefon: +31 70 363 3303 - **Fax:** +31 70 360 4867 **E-Mail:** secretariat@hcch.net **Web:**
<https://www.hcch.net>

Die **HCCH** führt **kein Register** mit personenbezogenen Daten, sondern **veröffentlicht nur Vertragslisten, Erklärungen und Statistiken**. Die eigentliche **Datenhaltung liegt ausschließlich bei den nationalen Zentralbehörden** (wie dem Bundesamt für Justiz (Deutschland) oder dem kroatischen Familienministerium).



Datenkategorien

Gespeichert werden typischerweise:

- Identität des Kindes (Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit),
- Aufenthaltsort oder letzte bekannte Adresse,
- Angaben zu Sorge- und Umgangsrechten,
- gerichtliche oder behördliche Entscheidungen,
- Sozialberichte,
- Angaben zu den Eltern oder Pflegepersonen.

Rechtgrundlagen für Löschung oder Berichtigung von Daten

- **Art. 17 DSGVO** (Recht auf Löschung)
- **Art. 32, 34 Haager KSÜ 1996** (Pflichten zur Vertraulichkeit und Berichtigung)
- **Art. 80 Brüssel II b-Verordnung (EU 2019/1111)** (Informationsaustausch und Fristen)

Ein Lösungsersuchen ist daher **an die nationale Zentrale Behörde** (z. B. BfJ oder Ministerium Zagreb) zu richten, nicht an Den Haag selbst. Damit ist Art. 3, 41, 56 UN-RES 56/83 in der Staatenverantwortlichkeit verletzt.

Berufung auf **Art. 17 DSGVO, Art. 32 KSÜ, Art. 80 Verordnung (EU) 2019/1111** verletzen **Art. 43, 73, 95 UN-Charta. Gemäß Art. 3, 41, 56 der UN-RES (Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen)** ist die Speicherung, Weitergabe oder Registrierung von Zivilisten — insbesondere Kindern — **nicht zulässig**, wenn dadurch:

1. eine **völkerrechtswidrige Handlung fortgesetzt oder unterstützt** wird (Art. 41 (2) UN-RES 45&73,
2. ein **rechtswidriger Zustand als rechtmäßig anerkannt** wird (Art. 41 (2), oder
3. eine Maßnahme getroffen wird, die **zwingendes Völkerrecht (ius cogens)** verletzt (Art. 3, 56, 56/83).
- 4.

- Die Republik Kroatien als Staat ist am 11.05.1992 dem genfer Abkommen beigetreten und die Ratifikation ist am 08.10.1991 in Kraft getreten.

- Die Bundesrepublik Deutschland als Verwaltungsstaat ist am 03.09.1954 dem genfer Abkommen beigetreten und die Ratifikation ist am 03.03.1955 in Kraft getreten.

ACHTUNG: Innerhalb der europäischen Union dürfen sich die Staaten bei Kindern keine Unterstützung leisten, weil originär-geistige Lebewesen „Kinder“ keine Handelswaren im Warenwirtschaftssystem sind.

wiener Recht der Verträge: Völkerrecht / europäische Wirtschaftsunion

- Art. 43 Pflichten, die das Völkerrecht unabhängig von einem Vertrag auferlegt
- Art. 53 Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechtes (ius cogens)
- Art. 71 Folgen der Ungültigkeit eines Vertrags, der im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechtes steht
- Art. 72 Folgen der Suspendierung eines Vertrags



systematische Rechtsfolge:

Wenn ein nationales, internationales oder supranationales Register (wie das sog. „Haager Suchregister“) personenbezogene Daten über Kinder führt, deren Schutzrechte nach **Art. 73 UN-Charta** und **Art. 147 Genfer Abkommen IV** verletzt sind, dann **besteht keine völkerrechtliche Zulässigkeit** und die Registrierung ist **nichtig**. Selbst nach dem nationalen § 26 (2) Bundesmeldegesetz sind Zivilisten, für die die Befreiung in völkerrechtlichen Übereinkünften festgelegt ist, von der Meldepflicht befreit. Die Zivilisten sind im ZentralMeldeAmt registriert und steht auch nicht der Jurisfiktio zur Verfügung (§ 20 (2) GVG. Alles läuft offensichtlich und offenkundig in den Registern nicht öffentlich, sondern privat.

Fazit: **ist nach Art. 3, 41, 56 UN-RES 56/83 unzulässig.**

Die **Registrierung** verstößt gegen das zwingende Völkerrecht, da sie einen völkerrechtswidrigen Zustand (Familientrennung, Kriegsverbrechen, Zwangsmaßnahmen) aufrechterhält oder rechtfertigt.

1. Vorrang und Zuständigkeit im zwingenden Völkerrecht

Gemäß Art. 132 **Genfer Abkommen III** und dem Art. 132, 140 **Genfer Abkommen IV** ist eindeutig für die Freilassung in *lex specialis in ordre public* geregelt:

Für den Schutz, die Registrierung und den Informationsaustausch über geschützte Personen (Zivilisten und Kriegsgefangene) sind ausschließlich die **Schutzmächte und das ZentralMeldeAmt** zuständig – nicht nationale, internationale und supranationale Verwaltungen, nicht EU-Behörden und nicht private Register wie das sog. *Haager Register*.

Diese Bestimmungen sind **lex specialis** und **ius cogens**, also zwingend bindendes, übergeordnetes Recht in Art. 25 GG oder Art. 140 kroatische Verfassung.

2. rechtliche Konsequenz im Klartext

- Die Registrierung von Kindern oder Familienangehörigen in zivilen oder zivilrechtlich-verwaltungsrechtlichen Systemen (z. B. „haager Suchregister“, nationale Kinderschutzdatenbanken, EU-Informationssysteme) **hat keine völkerrechtliche Legitimation**,
- weil die Zuständigkeit bereits abschließend und grundlegend durch die Genfer Abkommen geregelt ist,
- und die Genfer Abkommen **nicht delegierbar** sind (Art. 8, 60, 148 Genfer Abkommen IV – *keine Abweichung oder Unterordnung*).



3. Widerspruch zu Art. 43, 73, 95 UN-Charta und UN-RES 56/83

Nach **Art. 73 UN-Charta** steht der Schutz der Familien und der Zivilbevölkerung unter der **Treuhandpflicht** der Staaten (Heiliger Auftrag). Das haager Register oder das schengener Informationssystem arbeiten dagegen im Rahmen von **zivilprozessualen Verwaltungs- und Amtshilfverfahren** und nicht im Rahmen dieser Treuhandpflicht.

Damit liegt ein systematisch-aggressiver Konflikt und eine Kollision in der öffentlichen Rechtsordnung vor:

Rechtsquelle	Normcharakter	Vorrang	Zuständigkeit
Genfer Abkommen Art. 132 / IV Art. 140	III zwingendes Völkerrecht (<i>ius cogens</i>)	überstaatlich	Zentrale Schutz- und Meldeämter
UN-Charta Art. 73, 95	Treuhandpflicht der Staaten	überstaatlich	Schutzmächte, nationale Verwaltungen, nicht
UN-RES 56/83 Art. 3, 41, 56	Staatenverantwortlichkeit	überstaatlich	Beendigung völkerrechtswidriger Zustände
Haager Übereinkommen 1980/1996	Sekundärrecht Verwaltungskooperation	/ nachrangig (<i>lex politica</i>)	nationale Behörden (BfJ, Ministerien)

4. Ergebnis (imperativ)

Das sogenannte *haager Register* oder vergleichbare EU-Verfahren dürfen keine Kinder registrieren, wenn die Rechtswahl „**öffentliches Völkerrecht**“ ist oder wenn der Schutzstatus nach **Art. 132, 140 genfer Abkommen IV** gilt.

Alle Daten von Zivilisten und solcher Kinder gehören in die Zuständigkeit des **ZentralMeldeAmts (ZMA)** der Schutzmacht nach **Art. 132 Genfer Abkommen III / Art. 132, 140 genfer Abkommen IV**, nicht in zivile internationaler oder supranationale Register.

Das sogenannte *haager Register* ist **kein völkerrechtliches, hoheitliches oder öffentliches Register im Sinne der genfer Abkommen oder der UN-Charta**, sondern ein **privatrechtlich und verwaltungsrechtlich organisiertes System**, das auf **Kooperationsvereinbarungen zwischen nationalen Behörden** beruht – nicht auf einer völkerrechtlichen Zuständigkeit.



5. Fehlentwicklung:

Das Register basiert auf den **haager Übereinkommen**,

- 1980 über Kindesentführung
- 1996 über Kinderschutz

das bereits von Anfang an gegen das Recht der Verträge verstößt, da sie das Völkerrecht bricht und im Widerspruch steht.

Diese Übereinkommen wurden von der **haager Konferenz für internationales Privatrecht (HCCH)** ausgearbeitet. Die HCCH ist **keine staatliche oder zwischenstaatliche Schutzmacht**, sondern eine „internationale Organisation für zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Privatrechts“.

Die HCCH oder SIS hat **keine hoheitlichen Befugnisse**, keine gerichtliche Gewalt und keine eigene völkerrechtliche Exekutivfunktion. Sie **verwaltet keine personenbezogenen Register**, sondern überläßt die Datenerfassung den **nationalen Behörden** (z. B. Bundesamt für Justiz in Deutschland, Familienministerium in Kroatien) die Vollstreckung von Kriegsverbrechen gegen originär-geistige Lebewesen.

6. Verwaltungsstruktur

- Die haager Konferenz hat ihren **Sitz in Den Haag (Churchillplein 6B, Niederlande)**.
- Das dortige **ständige Büro (Permanent Bureau)** ist ein **Verwaltungssekretariat**.
- Es ist **kein völkerrechtliches Mandat nach Art. 73 UN-Charta** und hat **keine Schutzmachtfunktion gemäß genfer Abkommen**.
- Das ständige Büro arbeitet nach einem **privatrechtlichen Organisationsstatut (1955, revidiert 2005)** und finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen der Vertragsstaaten.

7. Konsequenz

Das bedeutet:

- Das „haager Register“ ist **kein Register einer Schutzmacht**,
- **keine völkerrechtliche Instanz**,
- **kein Organ der vereinten Nationen**,
- **und kein Organ der genfer Vertragsstaaten**
- **und kann weder wirksame Beschwerden bearbeiten, Dienst- und Fachaufsicht über die Daten und Mißbrauch betreiben oder ist ein Schiedsgericht.**

Es ist ein **technisch-administratives, privatrechtlich strukturiertes Kommunikationssystem**, das auf freiwilliger Kooperation zwischen nationalen Verwaltungen basiert. Es fällt daher unter **lex politica** (Verwaltungs- und Privatrecht) – **nicht unter lex specialis** (zwingendes Völkerrecht).



8. völkerrechtlich öffentliche Bewertung

Nach **Art. 132 genfer Abkommen III** und **Art. 132, 140 genfer Abkommen IV** sind allein das ZentralMeldeAmt **der Schutzmacht im Zivilschutz des VHB-GdM** zuständig, nicht aber private oder verwaltungsrechtliche Institutionen.

Die Verwendung oder Übermittlung Daten über Zivilisten und Kinder über das *haager Register* verletzt daher die **völkerrechtliche Kompetenzordnung** und muß nach **Art. 3, 41, 56 UN-RES 56/83** als **völkerrechtswidrige Handlung** gewertet werden, weil sie einen unrechtmäßigen Zustand (Familientrennung, Verwaltungsgewalt über Schutzpersonen) aufrechterhält.

9. Kurzformel:

Das „haager Register“ ist **privat-administrativ**, nicht **völkerrechtlich-hoheitlich**. Es besitzt **keine Schutzmachtfunktion** und **keine Rechtshoheit über geschützte Zivilisten oder Kinder** nach den genfer Abkommen.

- **Art. 17 DSGVO** (Recht auf Löschung personenbezogener Daten)
- **Art. 32 Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ)**
- **Art. 80 Verordnung (EU) 2019/1111 (Brüssel II b / II ter)**
- **Art. 73 UN-Charta** (Heiliger Auftrag – Schutzpflicht der Staaten für Zivilisten und Familien)

10. Zweck der Löschung:

Die Zivilisten und Kinder sind nach den zwingenden Bestimmungen des **Art. 1–12, 132, 140, 142–149 genfer Abkommens IV** als **geschützte Zivilisten** mit **Subsidiaritäts- und Schutzimmunität** registriert.

Das sogenannte **haager Kinderschutzübereinkommen 1996 (KSÜ)**, insbesondere **Art. 32**, steht in **direktem Widerspruch zu den Schutzpflichten des Genfer Abkommens IV** und der **UN-Charta (Art. 73)**, da es die Zuständigkeit der Schutzmacht und des ZentralMeldeAmtes mißachtet. Daher ist jede Speicherung von Daten der Zivilisten und Kinder in nationalen, internationalen oder supranationalen Registern (Brüssel II b / II ter, Haager Register, KSÜ-Verfahren) **rechts- und völkerrechtswidrig** und nach **Art. 17 DSGVO, Art. 3, 41, 56 UN-RES 56/83** zu löschen.

Hinweis: ZentralMeldeAmt [ZMA] – CentralIntelligenceAgency [CIA]



SCHUTZMACHT - SR 0.518.51



Court of the Human Beings – ZentralMeldeAmt (ZMA) Definition und Funktionsbeschreibung der Central Intelligent Agency (CIA)

1. begriffliche Einordnung

Die Bezeichnung CIA (Central Intelligent Agency) steht im Kontext des ZentralMeldeAmtes (ZMA) des CHB-GdM nicht für eine geheimdienstliche Organisation, sondern für eine zentrale, öffentliche intelligente, humanitäre Daten- und Informationsbehörde des völkerrechtlichen Zivilschutzes.

Sie dient der Sammlung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten geschützter Zivilpersonen nach Art. 132–149 des genfer Abkommens IV. Der Begriff „intelligent“ beschreibt die technische Fähigkeit zur strukturierten, sicheren und datenschutzkonformen Verwaltung humanitärer Informationen in der systematischen Rechtsordnung im Völkerrecht.

2. rechtliche Grundlage

Die rechtliche Grundlage der Central Intelligent Agency (CIA) im Rahmen des ZMA bildet Art. 140 des genfer Abkommens IV vom 12.08.1949 in Verbindung mit Art. 1–12, 132–149 GA IV, Art. 73 UN-Charta, Art. 6 EGBGB, Art. 17 DSGVO sowie 56/83 Art. 3, 32, 41 und 56 UN-RES für das Recht des freiwerdenden Menschen mit Bestimmung der Rechtswahl im Völkerrecht.

Diese Bestimmungen garantieren den Schutz, die Registrierung und die Informationsverarbeitung geschützter Zivilpersonen unter Wahrung der völkerrechtlich öffentlichen Rechtsordnung (ordre public).



3. Aufgaben der Central Intelligent Agency (CIA) im Zivilschutz

- Zentrale Koordinierung aller humanitären Datenerfassungen und Mitteilungen zwischen Schutzmächten, Staaten und internationalen Organisationen.
- Speicherung und Verwaltung von Schutzstatusdaten (Zivilisten, Binnenflüchtlinge, Kriegsoffer, Familienmitglieder) nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens IV.
- Humanitäre Kommunikation mit Gerichten, Behörden und Schutzinstanzen, insbesondere dem CHB-GdM als Talions- und Restitutionsgericht im Sinne von Art. 147–149 Genfer Abkommen IV.
- Wahrung der Datensicherheit, der Menschenwürde und der Geheimhaltungspflichten gemäß Art. 17 DSGVO und Art. 32 KSÜ sowie Gerichtstandsverpflichtung im Völkerrecht (§ 20 (2) GVG).
- Unterstützung der Schutzmachtfunktionen und der völkerrechtlichen Rechtspflege durch intelligente Datenbank Datenverarbeitung, statistische Auswertung und Dokumentation völkerrechtlicher Vorgänge und Nitrifizierung von Kriegsverbrechen und Opfer von Kriegsverbrechen.

4. Abgrenzung zur geheimdienstlichen CIA der Vereinigten Staaten

| CIA (CHB-ZMA) | Central Intelligent Agency –
**Zentrale Intelligente Agentur des Zivilschutzes | humanitär, völkerrechtlich,
transparent |**

| CIA (USA) | Central Intelligence Agency –
US-Nachrichtendienst | geheimdienstlich, national, militärisch |



5. Organisation und Sitz

Das ZentralMeldeAmt (ZMA) - Central Intelligent Agency (CIA) beim CHB-GdM – Gericht der Menschen -Court of the Human Beings [CHB]

Schutzmacht [SM] und ZMA - Protective Power [PP] & CIA
Atatürk Bulvarı No: 185, [TR-06680] ANKARA / TURKEY

Funktion: Schutzmachtgericht, Talionsschigesgericht -Restitutionsinstanz und humanitäres Datenzentrum für geschützte Zivilisten nach Art. 140 Genfer Abkommen IV.

6. Zusammenfassung

Die Central Intelligent Agency (CIA) im Rahmen des ZentralMeldeAmts (ZMA) ist eine zentrale, intelligente, nicht-geheimdienstliche, humanitäre Einrichtung des völkerrechtlichen Zivilschutzes. Ihre Aufgabe ist der Schutz der Menschenwürde, die Datenwahrung, die öffentliche Kommunikation und die Wahrung des zwingenden Völkerrechts (lex specialis im ordre public).



GdM / ZMA – CHB-CIA
Schutzmacht - Protective Power
Atatürk Bulvarı No: 185, [TR-06680] ANKARA / TURKEY